

Statement von Susanne Grabenhorst, Vorsitzende der IPPNW, am 31. August 2016

Am morgigen Internationalen Weltfriedenstag startet die neue Kampagne „**MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien**“. Sie fordert von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, das Mandat für den Bundeswehreininsatz in Syrien nicht zu verlängern und sich stattdessen verstärkt für zivile Alternativen zur Konfliktlösung einzusetzen. Die Bundeswehr bereitet sich laut Medienberichten auf einen möglichen Abzug vom Luftwaffenstützpunkt Incirlik in der Türkei vor. Das sollte zum Anfang vom Ende des Bundeswehreininsatzes in Syrien werden. Die Kampagne MACHT FRIEDEN wird getragen von einem Bündnis verschiedenster Organisationen und Gruppierungen aus der Friedensbewegung, darunter die Internationalen Ärzte und Ärztinnen für die Verhütung des Atomkrieges, die Kooperation für den Frieden, das Netzwerk Friedenskooperative, den Internationalen Versöhnungsbund oder die Deutsche Sektion der Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA).

Der Syrienkrieg ist eine menschliche und politische Tragödie. Er hat katastrophale Auswirkungen auf die Menschen und auf die internationale Politik. Die Bilder aus den Medien und die Berichte der Geflüchteten lassen uns annäherungsweise erkennen, welche humanitäre Katastrophe von statten geht. Die von eigenen Interessen geleitete Einmischung vieler ausländischer Mächte ließ einen Stellvertreterkrieg entstehen, der die Menschen in Syrien immer mehr zu Spielfiguren auf einem Schlachtfeld macht. Viele müssen fliehen: jeder dritte Asylantrag in Deutschland wird von einem syrischen Mann oder einer syrischen Frau gestellt.

Wir wollen ein Ende dieses Krieges!

Dies ist weder mit einem militärischen Handstreich zu erreichen, noch mit einem diplomatischen Paukenschlag. Das hat auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier am Wochenende in der Sendung „Farbe bekennen“ noch einmal betont.

Vielmehr wird ein langer mühsamer Prozess notwendig sein, der sich aus vielen Schritten zusammensetzt. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie noch viel mehr Schritte in die richtige Richtung macht. Gleichzeitig sind wir sicher, dass der Syrieneinsatz der Bundeswehr ein Schritt in die falsche Richtung war. Deshalb muss er schnellstmöglich beendet werden.

Statt den Flächenbrand des Krieges durch noch mehr militärische Unterstützung weiter zu unterhalten und anzufeuern, muss massiv in zivile Mittel investiert werden.

Da ist zunächst die Unterstützung des UN-Verhandlungsprozesses. Die deutsche Haltung in diesem Prozess muss geprägt sein von Ausgewogenheit statt Einseitigkeit. Parteinahme darf nur die Berücksichtigung der Interessen der Menschen bedeuten. Das Leben der syrischen Menschen muss Vorrang haben vor eigennütziger Macht- und Wohlstandssicherung.

Frieden braucht Gesprächsbereitschaft auf allen Ebenen und mit allen Konfliktparteien, sowohl multilateral als auch bilateral. Keine der Konfliktparteien ist homogen, bei ihnen allen muss nach Anknüpfungspunkten für Dialog und Lösungen gesucht werden.

Den Kämpfern muss zudem eine zivile Zukunft angeboten werden, das heißt wirtschaftliche Hilfe ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch ein Mittel, den Krieg auszutrocknen. Wirtschaftliche Beziehungen dagegen, die den Krieg fördern, allen voran der Waffenexport müssen beendet werden, aber Sanktionen, die die Zivilgesellschaft treffen, müssen aufgehoben werden.

Es braucht Investitionen in die bekannten und erforschten, aber unterfinanzierten Mittel der Zivilen Konfliktbearbeitung, die auf lokaler Ebene den Friedensprozess unterfüttern müssen. Die

internationalen und nationalen Verhandlungen müssen die Menschen vor Ort mitnehmen. Ich nenne als Beispiele für Zivile Konfliktbearbeitung die Begleitung von Friedens- und Menschenrechtsgruppen z.B. durch die Peace Brigades International, den Einsatz internationaler Friedenstruppen wie der Non Violent Peace Forces, Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozesse, die medizinische und soziale Rehabilitation für die Opfer und Resozialisierung für die Täter.

Auch für zivile Maßnahmen gilt: Alles was zur Verhärtung der Fronten führt, ist zu unterlassen. Alle Frieden ermöglichenden Initiativen müssen identifiziert und unterstützt werden. Die fast unbemerkt stattfindenden Erfolge wie lokale Waffenstillstände, Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Zeichen einer noch funktionierenden Zivilgesellschaft, müssen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Dass der militärische Kampf gegen den Terror trotz punktueller Siege in seiner Bilanz kontraproduktiv ist, haben bei der Abstimmung im letzten Dezember schon etwa ein Drittel der Abgeordneten erkannt und sie haben dagegen gestimmt oder sich zumindest enthalten. Andere haben aus einer Geste falsch verstandener Solidarität mit Frankreich und aus Hilflosigkeit mit unguten Gefühlen zugestimmt.

Die Entwicklung seit dem Dezember 2015 gibt Einwänden gegen den Einsatz leider in vollem Umfang recht. Weder ist der Krieg beendet noch der Terror auf dem Rückzug. Der Syrieneinsatz muss öffentlich diskutiert werden und seine Verlängerung darf im kommenden Dezember nicht einfach durchgewinkt werden.

Wir fordern daher die MdBs auf, sich bei der kommenden Abstimmung im Dezember mit persönlichen Erklärungen und mit ihrem Stimmzettel gegen militärische Eskalation zu stellen und stattdessen eine Eskalation der zivilen Mittel zu ermöglichen.

Denn der zivile Kampf gegen den Terror kann gewonnen werden, der Krieg gegen den Terror nicht.

Mehr über die Kampagne finden Sie im Internet auf der Homepage www.macht-frieden.de